



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 08.11.2012

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
am Dienstag, 13. November 2012, um 17:30 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 25.9.2012

2. 12-F-33-0124

Elsässer Platz

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 7.11.2012 -

Der Elsässer Platz ist zurzeit ein großer ungeordneter Platz mit über 500 Parkplätzen. Er bietet also die dringend benötigte Abstellfläche für PKWs für das dicht besiedelte Westend, in dem es kaum private Stellplätze gibt. Gleichzeitig sollte er aber auch gewährleisten, dass die Frischluftzufuhr aus dem Taunus über das Wellritztal das Westend erreicht.

Darüber hinaus ist anzustreben, dass er als Freifläche mit Aufenthaltsqualität zur Verbesserung des Wohnumfeldes des Westends beiträgt. Um diese unterschiedlichen Funktionen zu erfüllen, bedarf es einschneidender Veränderung der Platzgestaltung.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Als Grundlage für die Entwicklung von neuen Konzepten für den Elsässer Platz wird der Magistrat gebeten,

1. einen Überblick über das Parkverhalten auf dem Platz zu geben. Dabei ist von besonderem Interesse
  - 1.1. wie hoch - tagsüber und nachts - der Anteil von Fahrzeugen ist, die in Wiesbaden zugelassen sind, und
  - 1.2. wie hoch - tagsüber und nachts - der Anteil von Auswärtigen (außerhalb Wiesbadens) ist.
2. zu ermitteln, wie viele Pkw-Abstellplätze in einer Tiefgarage und wie viele auf einer bewirtschafteten Parkfläche an die Bewohnerinnen und Bewohner zu welchen Tarifen vermietet werden können.

### **3. 12-F-03-0149**

Planungsstand Stadtbahn

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2012 -

Im Juni dieses Jahres hat die Dezernentin positive Signale zur Umsetzung des Projekts „Stadtbahn“ in Wiesbaden gegeben. Seitdem gab es keine konkreten Fortschritte, bzw. sind diese der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Schritte sind zu welchem Zeitpunkt zur Anmeldung der Finanzierung der Stadtbahn erforderlich?
2. Welche Unterlagen müssen vorgelegt werden?
3. Mit wem müssen Gespräche geführt werden?
4. An welchem Punkt des Anmeldeprozesses befindet sich Wiesbaden? Was steht noch aus?
5. Wer betreibt auf Verwaltungsseite das Verfahren federführend, nachdem Herr Gerhard die Leitung des Tiefbauamts übernommen hat und für diese Funktion nicht mehr zur Verfügung steht?

#### 4. 12-F-08-0120

Denkmalschutz - Rathenauplatz/Rheinanlage Eleonorenstraße, Mainz-Kastel  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 6.11.2012 -

Der Presse war zu entnehmen, dass die Umsetzung der Maßnahmen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden am Rathenauplatz bzw. in der denkmalgeschützten Anlage an der Eleonorenstraße in Mainz-Kastel durch die Hessische Landespolizei gestoppt wurde, da mehrere erforderliche Genehmigungen nicht vorlagen bzw. immer noch nicht vorliegen. Eine unter ökologischen Gesichtspunkten wertvolle Hecke wurde im Auftrag der Stadt bereits widerrechtlich zerstört.

Angesichts der denkmalrechtlich geschützten Gesamtanlage Eleonorenstraße ist zur Durchführung der vom Dezernat vorgesehenen Maßnahmen auch eine denkmalrechtliche Genehmigung für diese Maßnahmen erforderlich. Dabei dürfte an dieser Stelle sowohl die Schutzwürdigkeit der Gesamtanlage im Allgemeinen zu berücksichtigen sein als auch die Tatsache, dass an dieser Stelle noch Teile der historischen Auffahrt/Rampe der von der US-Armee im Jahre 1945 errichteten und bis Ende der 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts genutzten Rheinbrücke vorhanden sind. Die ehemalige Brückenauffahrt wird heute durch eine (jetzt zum Teil zerstörte) Hecke gesäumt.

Mehrere Zeitzeugen haben in einer Ortsbeiratssitzung unter Anwesenheit der Fachverwaltung bestätigt, dass es sich bei dem in Rampenmitte befindlichen Sockel um den Sockel handelt, auf dem sich der Fahnenmast des Kontrollpunktes an der Einfahrt in die US-amerikanische Zone befand. Es wäre u. a. zu prüfen, ob dieser Sockel unter denkmalrechtlichen Aspekten zu erhalten ist. Auf jeden Fall ist die beabsichtigte Maßnahme unter verschiedenen Aspekten denkmalrechtlich zu prüfen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird um Auskunft gebeten,

- welche Genehmigungen zur Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen erforderlich sind,
- wann die erforderlichen Genehmigungen beantragt wurden,
- ob und wenn ja, wann die erforderlichen Genehmigungen erteilt wurden,
- welchen Inhalt ggfs. welche Auflagen die denkmalrechtliche Stellungnahme enthält,
- für die ggfs. noch nicht vorliegenden Genehmigungen, ob bzw. wann mit diesen zu rechnen ist,
- welche Gründe es dafür gibt, dass diese Maßnahme ohne Vorliegen von erforderlichen Genehmigungen begonnen wurde,
- wie der Magistrat für die Zukunft sicherstellen wird, dass bei Bau- und Gestaltungsmaßnahmen erforderliche Genehmigungen, auch denkmalschutzrechtliche, vor Umsetzung der Maßnahmen eingeholt und beachtet werden.

## 5. 12-F-07-0009

Zukunft der City-Passage und der Kleinen Schwalbacher Straße  
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.10.2012 -

Im Jahre 2005 hat die irische Firma Markland die City-Passage und Häuser in der Umgebung erworben. Es wurden Planungen für ein Großeinkaufszentrum gemacht, die dann, offenbar wegen finanzieller Schwierigkeiten von Markland, zu nichts geführt haben. Die Verbindung von der Kleinen Schwalbacher Straße zur City-Passage wurde nicht hergestellt. Die Kleine Schwalbacher Straße bleibt auch deshalb ein Problemgebiet:

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu den folgenden Fragen zu geben:

- Gibt es neue Entwicklung zu dem Engagement der Firma Markland in Wiesbaden?
- Trifft es zu, daß Markland, wie im „Comfort“ Städtereport gemutmaßt wird, verkaufen will? Wenn ja, was weiß die Verwaltung darüber?
- Wie verhält es sich mit dem „Dienstleistungsauftrag“, den Markland laut FAZ vom August 2008 der SEG erteilt hat?
- Welche Ideen hat die Verwaltung zur Belebung der Kleinen Schwalbacher Straße? Wie soll nun das Gebiet zwischen Kleiner Schwalbacher Straße und Faulbrunnenstraße gestaltet werden?
- Wie hoch waren die Gesamtkosten für den Ankauf des Grundstücks und der Errichtung des Pfeifenhauses durch die SEG? Was soll mit dem Haus hinter dem Pfeifenhaus geschehen?

## 6. 12-F-03-0152

Konzept Kleine Schwalbacher Straße  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1.11.2012 -

Die Situation für Gastronomie und Gewerbetreibende in der Kleinen Schwalbacher Straße ist besorgniserregend. Immer mehr Geschäfte müssen schließen, weil sich der Weiterbetrieb nicht lohnt. Vor dem Hintergrund der kostspieligen und ambitionierten Sanierung der Straße ist dies sehr bedauerlich und verlangt zwingend nach geeigneten Gegenmaßnahmen.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

schnellstmöglich ein tragfähiges Konzept für Gastronomie und Gewerbe in der Kleinen Schwalbacher Straße zu erarbeiten. Insbesondere ist prüfen, ob eine „Kunsthandwerkergasse“, wie beispielsweise in Flensburg (Rote Straße) oder Bremen (Schnoor) dort etabliert werden könnte.

**7. Hainweg Nordenstadt - Sachstand zum städtebaulichen Wettbewerbsverfahren**

**8. 12-F-03-0134 ANLAGE**

Verbesserungen für den Rad- und Fußgängerverkehr: Sofortmaßnahmen  
- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 5.11.2012 -*

**9. 12-F-03-0140 ANLAGE**

Hauptquartier US-Army in Erbenheim - Landbedarf und Anbindung  
- *Überweisungsbeschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 6.11.2012 -*

**10. 12-F-07-0010**

Gestaltung der Schwalbacher Straße im Bereich Platz der Deutschen Einheit  
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 25.10.2012 -

Durch die Bebauung des Platzes der Deutschen Einheit wird der gesamte Bereich ein vollständig neues Aussehen bekommen. Die Neuordnung der Verkehrsströme hat ebenfalls gravierende Auswirkungen auf die Geschäfte im näheren Umkreis. In einem Antrag der Koalition im Bauausschuß vom 13. März 2012 figuriert die Schwalbacher Straße als ein „Kernbereich“, wo Verbesserungen nötig sind.

Der Magistrat wird gebeten, zu den folgenden Fragen Auskunft zu geben:

1. Wie soll die Schwalbacher Straße im Bereich Platz der Deutschen Einheit gestaltet werden?
2. Welche Querungen für Fußgänger über oder unter der Schwalbacher Straße sind geplant?
3. Was für Baumpflanzungen sind vorgesehen? Hält die Verwaltung eine Baumreihe auf der Ostseite der Schwalbacher Straße zur Aufwertung der Geschäftszeile für möglich?

**11. 12-F-03-0150**

Denkmalschutz und Nutzung von Solarenergie vereinbaren  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2012 -

Um die Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erreichen, müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. So sollten auch möglichst viele Dächer mit günstiger Himmelsausrichtung für die Anbringung von Solaranlagen genutzt werden. In der Wiesbadener Innenstadt stehen 25 Prozent der Gebäude unter Denkmalschutz. Doch dies muss kein Hinderungsgrund sein. Andere Städte, wie beispielsweise Nürnberg, zeigen, dass Denkmalschutz und die Nutzung von Solarenergie miteinander vereinbar sind.

Die Stadt Nürnberg hat ein Faltblatt aufgelegt, das Hauseigentümer und Investoren auf den ersten Blick erkennen lässt, wo im Stadtgebiet Solaranlagen auf Baudenkmalern grundsätzlich denkbar sind und wo nicht.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

Hauseigentümer und Investoren mittels einer Publikation (schriftlich und im Internet) darüber zu informieren, welche Gebäude für die Anbringung von Solaranlagen (thermisch oder PV) grundsätzlich geeignet sind und welche Belange des Denkmalschutzes gegebenenfalls zu berücksichtigen sind. Hierbei kann er sich an der Publikation des Baureferats Nürnberg „Photovoltaik und solare Warmwasserbereitung an Baudenkmalen und Ensembles - Information der Bauordnungsbehörde der Stadt Nürnberg“ orientieren.

## 12. 12-F-03-0155

Entwicklung Europaviertel

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2012 -

Bei insgesamt hoher Zufriedenheit mit dem Wohnquartier weist die Anwohnerinitiative im Europaviertel dennoch auf verschiedene anhaltende ungelöste Probleme hin.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Sind ihm die Beschwerden von Anwohnern bezüglich des Schleichverkehrs von der Wald- in die Schiersteiner Straße über die Rooseveltstraße sowie bezüglich des Durchgangsverkehrs durch LKW und das Parken derselben - vor allem im Bereich zwischen Homburger- und Charles-de-Gaulles-Straße bekannt? Sind Maßnahmen geplant, um dieses Problem zu beheben?
2. Wie ist der Sachstand in Bezug auf die Entwicklung des Karlsbader Platzes? Wird gegebenenfalls eine Zwischenlösung ins Auge gefasst (z.B. Platzbegrünung).
3. Wie ist der Sachstand bezüglich der Ausgestaltung des Europaplatzes?

## 13. 12-F-03-0151

Einführung einer Mobilitätskarte

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2012 -

Der Trend geht weg zum Auto und hin zum Verkehrsmix. In Deutschland haben nur noch 40 Prozent der 21-Jährigen ein eigenes Auto zur Verfügung, vor 10 Jahren waren es noch 60 Prozent. Das Auto verspricht nicht mehr unbegrenzte Freiheit und Mobilität, sondern vielmehr Zeit- und Geldverschwendung durch Stehen im Stau und ständig steigende Kraftstoffpreise. Alternativen zum eigenen Auto - zumindest zur ständigen Nutzung des eigenen Autos in der Stadt - müssen geschaffen werden.

Die Zukunft der Mobilität erfordert einen unkomplizierten Wechsel zwischen verschiedenen Fahrgelegenheiten. Dies bedingt die Einführung eines neuen Ticketsystems, statt ÖPNV-Tickets gibt es dann „Mobilitätskarten“, wie in Honkong, den Niederlanden, Hannover und bald auch in Stuttgart. In Hannover bekommt man für monatlich 7,95 zusätzlich zum ÖPNV-Abo eine Bahncard 25, die Mitgliedschaft für das Carsharing und 20 Prozent Ermäßigung auf Taxifahrten. Bald sollen auch Mietfahrräder und eine Lieferservice für Lebensmittel hinzukommen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. mit ESWE-Verkehr ein Konzept für eine Mobilitätskarte zu erarbeiten und die Kosten darzustellen. Folgendes soll in dem Konzept Beachtung finden:
  - das Angebot soll mindestens Folgendes beinhalten:
    - Bahncard 25
    - Mitgliedschaft für Car-Sharing
    - Ermäßigung auf Taxi - Fahrten
    - Kostenlose Mietfahrräder
    - Preiswerter Lieferservice für Lebensmittel
  - Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger
  - Der Aufpreis für die Mobilitätskarte ist so niedrig zu halten, dass sie weite Verbreitung findet und auch für Autobesitzer attraktiv ist.
2. Das Ergebnis ist dem Ausschuss vorzustellen.

#### 14. 12-F-03-0153

Umbau Äppelallee L3482

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2012 -

Im Bereich der Äppelallee ist das Radwegenetz unvollständig. Auf dem Abschnitt zwischen Friedrich-Bergius-Straße und Biebricher Allee könnte ein Teil der rechten Fahrspur für den Radverkehr genutzt werden, da dieser Fahrstreifen ohnehin zugeparkt ist und daher für den MIV offenbar entbehrlich. Für den westlichen Abschnitt ist eine gesonderte Planung für die Führung des Radverkehrs erforderlich.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

mit Hessen Mobil in Verbindung zu treten, mit dem Ziel, auf der Äppelallee einen Radfahrstreifen einzurichten. Dies soll folgendermaßen geschehen:

1. Auf dem Abschnitt zwischen Friedrich-Bergius-Straße und Biebricher Allee soll ein Teil der äußeren rechten Fahrspur für den Radverkehr ausgewiesen werden, ohne dass die Parkmöglichkeiten wegfallen.
2. Für den westlichen Abschnitt der Äppelallee ist eine gesonderte Planung vorzulegen. Möglicherweise könnte dort der Radverkehr über den kombinierten Rad-/Fußweg geführt werden.
3. Im Bereich der Autobahnezufahrt sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit für Radfahrende zu erhöhen.

**15. 12-F-03-0154**

Aufarbeitung der Tempo 30 Online-Umfrage  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9.10.2012 -

In der offiziellen Pressemitteilung und in der Pressekonferenz der Stadt Wiesbaden wurde das Ergebnis der Tempo 30 Online-Umfrage sehr einseitig dargestellt. Es wurde beispielsweise nicht erwähnt, dass sich eine große Mehrheit für eine Verbesserung des ÖPNV ausgesprochen hat und dass die Gruppe der Radfahrenden und der ÖPNV-Nutzenden sowohl Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit als auch eine Ausweitung der Tempo 30-Zonen mehrheitlich befürwortet. Auch die InnenstadtbewohnerInnen wünschten sich mehr Tempo 30 Zonen. Nur die Autofahrenden, die in der Online-Umfrage überrepräsentiert waren, sprachen sich deutlich dagegen aus.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. Im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr über die Ergebnisse der Umfrage ausführlich öffentlich zu berichten.

**16. 12-F-03-0156**

Mainbrücke  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9.10.2012 -

Pressenachrichten war zu entnehmen, dass das Land Hessen einen Neubau der Mainbrücke zwischen Mainz-Kostheim und Ginsheim-Gustavsburg plant. Anwohnerinnen und Anwohner befürchten, dass dadurch noch mehr Schwerlastverkehr in die Ortskerne geleitet wird und lehnen die Pläne der Landesregierung ab.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr über die Planungen der Landesregierung zum Neubau der Mainbrücke zwischen Mainz-Kostheim und Ginsheim-Gustavsburg ausführlich öffentlich zu berichten.
2. eine Folgenabschätzung vorzunehmen.
3. zu berichten, ob sich aus der Folgenabschätzung bereits Maßnahmen seitens des Magistrats ableiten lassen.



## 17. 12-F-08-0122

Planungen für einen Neubau der Mainbrücke für Sondertransporte und Schwerstverkehr  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.11.2012 -

Der Tagespresse war Anfang des Monats zu entnehmen, dass das Land Hessen einen Neubau der Mainbrücke zwischen Mainz-Kostheim und Gustavsburg plant, die im Unterschied zur vorhandenen für Sondertransporte und Schwerstverkehr geeignet sein soll. Mainz-Kostheim ist bereits durch motorisierten Durchgangsverkehr belastet. Ein Verkehrskonzept zur Entlastung wurde seitens des Stadtplanungsdezernats immer wieder in Aussicht gestellt, aber nicht realisiert.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge

- umgehend bei der Landesregierung dagegen intervenieren, dass durch einen Neubau der Mainbrücke zwischen Mainz-Kostheim die Verkehrsbelastung für den Stadtteil erhöht wird,
- sich dafür einsetzen, dass eine Brückensanierung dazu genutzt wird, die Verkehrsbelastung von Mainz-Kostheim zu senken,
- prüfen, mit welchen Maßnahmen der Verkehr auf der Mainbrücke möglichst auf öffentliche Verkehrsmittel sowie Fußgänger/innen und Radfahrer/innen beschränkt werden kann,
- mit der Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg Kontakt aufnehmen, um gemeinsam gegen eine Erhöhung der Verkehrsbelastung Widerstand zu entwickeln,
- prüfen und darlegen, mit welchen - auch rechtlichen - Möglichkeiten die Landeshauptstadt Wiesbaden in dieser Sache Schaden von der Bevölkerung abwenden kann,
- gewährleisten, dass die Bevölkerung frühzeitig über die Planungen umfassend informiert wird und
- dem Bauausschuss möglichst kurzfristig die bereits vorhandenen Planungen vorstellen.

## 18. 12-F-03-0157

Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Hauptbahnhof  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2012 -

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr hat am 31. Januar 2012 beschlossen, einen Bericht zu den geplanten Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof einzufordern (Beschluss 0009 zu 12-F-03-0009).

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

diesem Beschluss zeitnah nachzukommen.

**19. 12-F-08-0121**

Sachstandsbericht zu denkmalschutzrechtlichen Genehmigungen für geplante Maßnahmen  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.11.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten

- welche denkmalschutzrechtlichen Genehmigungen für den geplanten Neubau des Parkhauses Coulinstraße und die Umgestaltung des Römertors erforderlich sind,
- wann diese Genehmigungen beantragt wurden,
- ob alle erforderlichen Genehmigungen erteilt wurden und
- ob Auflagen oder Hinweise seitens der Denkmalschutzbehörde gegeben wurden.

**20. Verschiedenes**

## Tagesordnung II

1. Niederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises Energie, Umwelt und Verkehr des gemeinsamen Ausschusses der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises am 13.9.2012

ANLAGE

2. 11-F-33-0051

ANLAGE

Countdown-Ampeln

- *Bericht des Dezernates IV vom 18.12.2012* -

3. 12-F-03-0062

ANLAGE

Tempo 30 Frauenstein

- *Bericht des Dezernates VII vom 11.10.2012* -

4. 12-V-01-0022

DL 42/12-1 NÖ

Künstlerviertel: Vergleichsvorschlag Bien-Zenker AG und weiteres Vorgehen

- |            |  |                             |
|------------|--|-----------------------------|
| <b>5.</b>  | <b>12-V-20-0042</b>  | <b>DL 42/12-2, 41/12-2</b>  |
|            | Abschlussbericht Konjunkturprogramm  |                             |
| <br>       |  |                             |
| <b>6.</b>  | <b>12-V-41-0017</b>  | <b>DL 38/12-6</b>           |
|            | Sanierung Wasserturm Schlachthof; Ausführungsvorlage   |                             |
| <br>       |  |                             |
| <b>7.</b>  | <b>12-V-66-0213</b>  | <b>DL 43/12-3, 38/12-9</b>  |
|            | Carl-von Ossietzky-Straße: Einrichtung einer Querungshilfe   |                             |
| <br>       |  |                             |
| <b>8.</b>  | <b>12-V-66-0214</b>  | <b>DL 43/12-4, 38/12-10</b> |
|            | Holzstraße Knotenpunkt Homburger Straße / Waldstraße: Einrichtung eines Fahrbahnteilers  |                             |
| <br>       |  |                             |
| <b>9.</b>  | <b>12-V-66-0222</b>  | <b>DL 43/12-5, 38/12-11</b> |
|            | Frankfurter Straße: Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestellen Langenbeckplatz   |                             |
| <br>       |  |                             |
| <b>10.</b> | <b>12-V-66-0223</b>  | <b>DL 39/12-4</b>           |
|            | Wilhelmstraße: Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Friedrichstraße   |                             |
| <br>       |  |                             |
| <b>11.</b> | <b>12-V-66-0313</b>  | <b>DL 43/12-6</b>           |
|            | Söhnleinstraße (K648) - bautechnische Schutzmaßnahmen im Wasserschutzgebiet sowie Einrichtung eines kombinierten Geh- und Radweges - Bauausführung |                             |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler  
Vorsitzender